Stadt Kamen

3. Änderung des Flächennutzungsplanes

Übersicht über die Stellungnahmen und Abwägungsvorschläge

Beteiligung gem. § 4 (1) BauGB vom 02.12.2019 bis zum 10.01.2020 (einschließlich) abwägungsrelevante Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange

Lfd. Nr.	Behörden / Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme	Beschlussvorschlag
1.	LWL - Archäologie für Westfalen Außenstelle Olpe Schreiben vom 02.12.2019	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.</p> <p>Westlich des Plangebietes liegt das in die Denkmalliste eingetragene Bodendenkmal „Siedlung im Seseke-Körne Winkel“ in dessen Bereiche Siedlungsreste der Eisenzeit, Kaiserzeit und des Mittelalters nachgewiesen wurden. Da Siedlungsplätze dieser Zeitstellungen meist Ausdehnungen von mehreren Hektar aufweisen und südlich des Plangebietes bereits eine vorgeschichtliche Lesefundstelle bekannt ist, ist zu vermuten, dass sich die Siedlung weiter nach Osten, bis in den Planbereich hinein ausdehnt.</p> <p>Somit liegen im Plangebiet nach dem DSchG NW Vermutete Bodendenkmäler gem. § 3 Abs. 1 Satz 4 vor, die bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen (§ 1 Abs. 3 Satz 1 DSchG NW) genauso zu behandeln sind wie eingetragene Bodendenkmäler.</p> <p>Um dem nachzukommen werden im Rahmen oder im Vorfeld von Bodeneingriffen innerhalb des Plangebietes archäologische Maßnahmen notwendig sein. Daher ist die LWL-Archäologie, Außenstelle Olpe, frühzeitig in Planungen von Bodeneingriffen innerhalb des Plangebietes einzubeziehen. Art und Umfang der archäologischen Maßnahmen werden sich nach dem</p>	<p>Die Hinweise bzgl. des westlich des Änderungsbereichs gelegenen in die Denkmalliste eingetragenen Bodendenkmals „Siedlung im Seseke-Körne Winkel“, werden zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird entsprechend ergänzt. Der Anregung, die LWL-Archäologie frühzeitig in die Planungen von Bodeneingriffen einzubeziehen wird im Zuge von Baumaßnahmen gefolgt. Mit dem vorliegenden Änderungsverfahren wird lediglich ein weitestgehend bereits bebauter Bereich überplant, der bereits als Baufläche ausgewiesen war.</p>

		<p>Umfang der geplanten Bodeneingriffe richten.</p> <p>Für Rückfragen und Abstimmungsgespräche stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	
2.	<p>PLEdoc GmbH</p> <p>Schreiben vom 03.12.2019</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir beziehen uns auf Ihre o.g. Maßnahme und teilen Ihnen hierzu mit, dass von uns verwaltete Versorgungsanlagen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber von der geplanten Maßnahme nicht betroffen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Open Grid Europe GmbH, Essen • Kokereigasnetz Ruhr GmbH, Essen • Ferngas Netzgesellschaft mbH (FG), Netzgebiet Nordbayern, Schwaig bei Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen • GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen (hier Solotrassen in Zuständigkeit der PLEdoc GmbH) • Viatel GmbH (Zayo Group), Frankfurt <p>Hinsichtlich der Maßnahmen zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen entnehmen wir den Unterlagen, dass die Kompensationsmaßnahmen erst im weiteren Verfahren festgelegt werden bzw. keine Erwähnung finden.</p>	<p>Der Hinweis, dass die Versorgungsanlagen der aufgeführten Eigentümer von der Planung nicht betroffen sind, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis bzgl. der Festlegung der Ausgleichsflächen betrifft nicht die Ebene des Flächennutzungsplanes und wird im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung in die Abwägung eingestellt.</p>

		<p>Wir weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit von uns verwalteter Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen ist. Wir bitten um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren.</p> <p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p>Achtung: Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	
3.	<p>1&1 Versatel Deutschland GmbH</p> <p>Schreiben vom 10.12.2019</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>vielen Dank für die Mitteilung über Ihre geplante Baumaßnahme zum o. g. Bauvorhaben. Die von Ihnen gewünschte Leitungsauskunft entnehmen Sie bitte dem beigefügten Planauszug.</p> <p>Aus dem Planauszug sind die von 1&1 Versatel Deutschland GmbH im angefragten Planungsgebiet betriebenen Telekommunikationslinien und –anlagen ersichtlich. Bitte beachten Sie, dass Sie auch dann einen Planauszug erhalten, wenn in dem angefragten Planungsgebiet keine Kabelanlagen der 1&1 Versatel Deutschland GmbH vorhanden sind.</p> <p>Die Leitungsauskunft ist innerhalb der 1&1 Versatel Gruppe zentral organisiert. Sofern die Auskunft auch Kabelanlagen anderer 1&1 Versatel Gesellschaften beinhaltet, ist die 1&1 Versatel Deutschland GmbH von der jeweiligen Gesellschaft zur Auskunftserteilung bevollmächtigt worden.</p>	<p>Der Hinweis auf die beigefügten Planunterlagen wird zur Kenntnis genommen. Demnach sind keine Leitungen der Versatel GmbH von der Planung betroffen.</p>

		<p>Mit dem Schreiben erhalten Sie unsere „Richtlinie zum Schutz der 1&1 Versatel Deutschland GmbH Telekommunikationsinfrastruktur“ zur Kenntnis und Beachtung.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter 030-8188-1205 zur Verfügung.</p>	
4.	<p>Kreis Unna Stabsstelle Planung und Mobilität</p> <p>Schreiben vom 02.01.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>auch auf der Ebene des Flächennutzungsplanes sind im Umweltbericht weitere Aspekte von Seiten des Gesetzgebers zu berücksichtigen (z.B. Wärme, Strahlung, Belästigung), so dass dieser entsprechend noch ergänzt werden sollte.</p>	<p>Der Anregung, den Umweltbericht um weitere seitens des Gesetzgebers im Baugesetzbuch genannten Aspekte der Umweltprüfung zu ergänzen, wird - soweit auf der vorliegenden Planungsebene aufgrund der gegebenen Detailschärfe möglich - gefolgt.</p>
5.	<p>Telefonica Germany GmbH & Co. OHG</p> <p>Schreiben vom 02.01.2020</p>	<p>Sehr geehrte Frau Schwering,</p> <p>aus Sicht der Telefonica Germany GmbH & Co. OHG sind nach den einschlägigen raumordnerischen Grundsätzen die folgenden Belange bei der weiteren Planung zu berücksichtigen, um erhebliche Störungen bereits vorhandener Telekommunikationslinien zu vermeiden:</p> <ul style="list-style-type: none"> durch das Plangebiet führen 5 Richtfunkverbindungen hindurch <p>Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail ein digitales Bild, welches den Verlauf unsere Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindung verdeutlichen sollen.</p> <p>Die farbigen Linien verstehen sich als Punkt-zu-Punkt-</p>	<p>Die Hinweise auf die im Bereich des Plangebietes verlaufenden Richtfunktrassen der Telefonica Germany GmbH werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Soweit die Richtfunktrassen den Änderungsbereich mit Ihren Schutzstreifen tangieren oder überdecken, liegen diese über Flächen, die im Wesentlichen schon seit den 1980er Jahre planungsrechtlich als Gewerbe-/ Industriegebiet gesichert und weitestgehend bebaut sind.</p> <p>Eine kleinräumige Aufnahme von Richtfunktrassen in den Flächennutzungsplan ist vor dem Hintergrund, dass dieser ohnehin keine Bauhöhenbeschränkungen trifft für die Bebauung auf den gewerblichen Bauflächen trifft, ohne planerischen Sinn. Die Richtfunktrassen überqueren im vorlie-</p>

		<p>Richtfunkverbindung der Telefnica Germany GmbH & Co. OHG. Das Plangebiet ist im Bild mit einer dicken roten Linie eingezeichnet. Die Linien in Magenta haben für Sie keine Relevanz.</p> <p>Man kann sich diese Telekommunikationslinie als einen horizontal über der Landschaft verlaufenden Zylinder mit einem Durchmesser von rund 40-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Skizzen mit Einzeichnung des Trassenverlaufes. Alle geplanten Konstruktionen und notwendige Baukräne dürfen nicht in die Richtfunktrasse ragen. Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrasse in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsame Richtfunkstrecke nicht beeinträchtigt wird. Es muss daher ein horizontaler Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und einen vertikalen Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/-15m eingehalten werden. Wir bitten um Berücksichtigung und Übernahme der o.g. Richtfunktrassen einschließlich der geschilderten Schutzbereiche in die Vorplanung und in die zukünftige Bauleitplanung bzw. den zukünftigen Flächennutzungsplan. Innerhalb der Schutzbereiche (horizontal und vertikal) sind entsprechende Bauhöhenbeschränkungen festzusetzen, damit die raumbedeutsamen Richtfunkstrecken nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollten sich noch Änderungen in der Planung / Pla-</p>	<p>genden Fall bebautes Gebiet, indem eine Zulässigkeit baulicher Anlagen besteht, die durch eine nachträgliche Aufnahme der Richtfunktrassen nicht eingeschränkt werden kann und soll. Der Anregung, die Richtfunktrassen im Rahmen der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes in die Planzeichnung aufzunehmen, wird daher nicht gefolgt.</p>
--	--	---	--

		<p>nungsflächen ergeben, so würden wir Sie bitten uns die geänderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.</p> <p>Bei Fragen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	
6.	<p>Bezirksregierung Arnsberg Abteilung 6 Bergbau und Energie</p> <p>Schreiben vom 08.01.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>bezüglich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung teile ich Ihnen mit, dass von hier aus keine Hinweise und Anregungen vorgetragen werden.</p> <p>Hinsichtlich der bergbaulichen Verhältnisse bleibt festzuhalten, dass die vorbezeichnete Planmaßnahme sich über dem auf Steinkohle und Eisenstein verliehenen Bergwerksfeld Monopol I, über dem auf Sole verliehenen Bergwerksfeld Königsborn XIII, über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligungsfeld Grimberg-Gas sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld CBM-RWTH (zu wissenschaftlichen Zwecken) befindet. Eigentümerin der Bergwerksfelder Monopol I und Königsborn XIII ist die RAG Aktiengesellschaft, Im Welterbe 10 in 45141 Essen. Inhaberin der Bewilligung Grimberg-Gas ist die Minogas GmbH, Rüttenscheider Straße 1-3 in 45128 Essen. Inhaberin der Erlaubnis CBM-RWTH ist die RWTH Aachen, Lehrstuhl und Institut für Markscheidewesen, Wüllnerstraße 2 in 52062 Aachen.</p> <p>Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung keine Hinweise und Anregungen vorgetragen werden.</p> <p>Die Hinweise bzgl. der unter dem Plangebiet verliehenen verschiedenen Bergwerksfelder werden zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wird in die Begründung des Flächennutzungsplanes aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis, dass ausweislich der derzeit vorliegenden Unterlagen im Bereich des Plangebietes kein heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert ist und daher mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen ist, wird zur Kenntnis genommen.</p>

		<p>Soweit eine entsprechende grundsätzliche Abstimmung mit dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer nicht bereits erfolgt ist, empfehle ich, diesem in Bezug auf mögliche zukünftige bergbauliche Planungen, zu bergbaulichen Einwirkungen aus bereits umgegangenem Bergbau sowie zu dort vorliegenden weiteren Informationen bzgl. bergschadensrelevanter Fragestellungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Möglicherweise liegen dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer auch Informationen zu Bergbau in dem betreffenden Bereich vor, der hier nicht bekannt ist. Insbesondere sollte dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer dabei auch Gelegenheit gegeben werden, sich zum Erfordernis von Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden zu äußern. Diese Fragestellung ist grundsätzlich privatrechtlich zwischen Grundeigentümer / Vorhabensträger und Bergwerksunternehmer / Feldeseigentümer zu regeln.</p> <p>Im hier geführten Bergbau Alt- und Verdachtsflächen-Katalog (BAV-Kat) sind im Umfeld des Planungsvorhabens folgende ehemalige bergbauliche Betriebsstätten verzeichnet:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ BAV-Kat. Nr.: 4411-S-022, Zechenbahn Monopol, Grubenanschlussbahn,➤ BAV-Kat. Nr.: 4411-A-021 , Nr. 1 Grillo 1/2, Halde, Halde, Klärteich,➤ BA V-Kat. Nr.: 4411-A-022, Nr. 2 Grillo 1/2, Halde, Halde, Flotationsteich,➤ BAV-Kat. Nr.: 4411-S-009, Grillo (Monopol) 1/2, Schachtanlage, Zeche, Kokerei, Grubengasförderanlage.	<p>Die Anregung, die Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer an der Planung zu beteiligen wird berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis auf die im Bergbau Alt- und Verdachtsflächen-Katalog verzeichneten Flächen im Umfeld des Plangebietes wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--	---	---

		<p>Die Bergaufsicht hat für diese Betriebsbereiche bereits geendet. Mit dem Ende der Bergaufsicht ging die Zuständigkeit für diese Flächen auf die Stadt Kamen über, so dass die konkreten Folgenutzungen dieser Flächen, einschließlich der gegebenenfalls nachträglich durchgeführten umweltrelevanten Maßnahmen, hier nicht bekannt sind. Daher können auch keine konkreten Aussagen über Art und Umfang der aktuellen, umweltrelevanten Einflüsse oder Beeinträchtigungen, die gegebenenfalls noch von diesen Flächen ausgehen könnten, getroffen werden. Ich empfehle Ihnen daher, sich an Ihre Untere Bodenschutzbehörde zu wenden.</p> <p>Abschließend sei erwähnt, dass eine Erlaubnis das befristete Recht zur Aufsuchung des bezeichneten Bodenschatzes innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen gewährt. Unter dem Aufsuchen versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine Erlaubnis zu wissenschaftlichen Zwecken kann auch neben einer auf denselben Bodenschatz erteilten Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken bestehen. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das Ob</p>	<p>Der Hinweis, dass die Bergaufsicht mittlerweile beendet und die Zuständigkeit damit auf die Stadt Kamen übergegangen ist, wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Anregung, Kontakt mit der Unteren Bodenschutzbehörde aufzunehmen, wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungsverfahren gefolgt.</p>
--	--	---	---

		<p>und Wie regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange - insbesondere auch die des Gewässerschutzes - geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.</p>	
7.	<p>Lippeverband</p> <p>Schreiben vom 08.01.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>gegen die o.g. Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen unsererseits keine Bedenken. Der nachfolgende Hinweis ist zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Sollten durch die Entwässerungsplanungen unseren Anlagen zusätzliche Abwässer zufließen, ist dies vorher mit uns abzustimmen 	
8.	<p>Handwerkskammer Dortmund</p> <p>Schreiben vom 09.01.2020</p>	<p>im seit dem 17.02.2004 wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Kamen ist der Änderungsbereich derzeit als „Industriegebiet“ dargestellt. Anlass der vorliegenden Planung ist die Einleitung des Aufstellungsverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 51.1 Ka mit paralleler Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 51 Ka. Der Bebauungsplan Nr. 51 Ka setzte im Jahr 1979 die seinerzeit bereits teilweise bebauten Flächen zwischen der Wilhelm-Bläser-Straße, Bundesbahn und Körnebach als „Industriegebiet“ gem. § 9 BauNVO fest. Entsprechend wurde dieser Bereich im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes als „Industriegebiet“ dargestellt. Innerhalb des Gebietes be-</p>	

		<p>findet sich eine Vielzahl von Wohnnutzungen (ca. 100 Wohneinheiten), die keine Nutzungsbezüge zu den bestehenden Betrieben im Sinne der Baunutzungsverordnung aufweisen. Unabhängig von der Frage welche Wohnnutzungen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplanes vorhanden waren, ist für die heute bestehende Situation festzustellen, dass die Festsetzung eines „Industriegebietes“ auf Ebene des Bebauungsplanes für das Plangebiet aufgrund der Vielzahl von Wohnnutzungen faktisch funktionslos geworden ist. Insbesondere ist aufgrund der bestehenden Nutzungsstruktur nicht absehbar, dass das Gebiet in Zukunft dem Nutzungsspektrum eines Industriegebietes entsprechen könnte. Aus diesem Grunde soll der Bebauungsplan Nr. 51 Ka daher nun formell aufgehoben werden. Für den westlichen Teil des bisherigen Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 51 Ka zwischen der Straße „Hemsack“ und dem Körnebach ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel der Festsetzung eines „Gewerbegebietes“ gem. § 8 BauNVO vorgesehen, um das Entwicklungspotenzial der dort vorhandenen Betriebe städtebaulichen verträglich zu steuern.</p> <p>Seitens der Handwerkskammer Dortmund bestehen gegen die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes grundsätzlich keine Bedenken, sofern eine immissionsschutzrechtliche Einschränkung der gewerblichen Nutzung im Umfeld nachweislich und vollständig ausgeschlossen werden kann. Durch die heranrückende Wohnbebauung und der damit verbundenen Erhöhung der Konfliktmöglichkeit dürfen die gewerblichen Betriebe ebenso in ihrer Perspektive/Erweiterungsmöglichkeit nicht nachhaltig beeinflusst werden.</p>	<p>Die Hinweise zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 51 Ka der Stadt Kamen werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen dieses Verfahrens in die Abwägung eingestellt.</p> <p>Durch die Änderung der Darstellung von „Industriegebiet“ zu „Gewerbliche Baufläche“ erfolgt keinerlei Einschränkung der bestehenden Betriebe. Maßgeblich für das zulässige Immissionsverhalten der Betriebe sind die auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzten Nutzungen.</p>
--	--	---	---

		<p>Wir behalten uns vor, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 4 Abs. 2 BauGB, auf Basis detaillierterer Informationen, eine ergänzende oder abweichende Stellungnahme abzugeben.</p> <p>Die Stellungnahme ist mit der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund abgestimmt.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	
9.	<p>Industrie- und Handelskammer zu Dortmund</p> <p>Schreiben vom 09.01.2020</p>	<p>im seit dem 17.02.2004 wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Kamen ist der Änderungsbereich derzeit als „Industriegebiet“ dargestellt. Anlass der vorliegenden Planung ist die Einleitung des Aufstellungsverfahrens für den Bebauungsplan Nr. 51.1 Ka mit paralleler Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 51 Ka. Der Bebauungsplan Nr. 51 Ka setzte im Jahr 1979 die seinerzeit bereits teilweise bebauten Flächen zwischen der Wilhelm-Bläser-Straße, Bundesbahn und Körnebach als „Industriegebiet“ gem. § 9 BauNVO fest. Entsprechend wurde dieser Bereich im Zuge der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes als „Industriegebiet“ dargestellt. Innerhalb des Gebietes befindet sich eine Vielzahl von Wohnnutzungen (ca. 100 Wohneinheiten), die keine Nutzungsbezüge zu den bestehenden Betrieben im Sinne der Baunutzungsverordnung aufweisen. Unabhängig von der Frage welche Wohnnutzungen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplanes vorhanden waren, ist für die heute bestehende Situation festzustellen, dass die Festsetzung eines „Industriegebietes“ auf Ebene des Bebauungsplanes für das Plangebiet aufgrund der Vielzahl von Wohnnutzungen faktisch funktionslos geworden ist. Insbesondere ist aufgrund der beste-</p>	<p>Die Hinweise zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 51 Ka der Stadt Kamen werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen dieses Verfahrens in die Abwägung eingestellt.</p> <p>Durch die Änderung der Darstellung von „Industriegebiet“ zu „Gewerbliche Baufläche“ erfolgt keinerlei Einschränkung der bestehenden Betriebe. Maßgeblich für das zulässige Immissionsverhalten der Betriebe sind die auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung festgesetzten Nutzungen.</p>

		<p>henden Nutzungsstruktur nicht absehbar, dass das Gebiet in Zukunft dem Nutzungsspektrum eines Industriegebietes entsprechen könnte. Aus diesem Grunde soll der Bebauungsplan Nr. 51 Ka daher nun formell aufgehoben werden. Für den westlichen Teil des bisherigen Plangebietes des Bebauungsplanes Nr. 51 Ka zwischen der Straße „Hemsack“ und dem Körnebach ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel der Festsetzung eines „Gewerbegebietes“ gem. § 8 BauNVO vorgesehen, um das Entwicklungspotenzial der dort vorhandenen Betriebe städtebaulich verträglich zu steuern.</p> <p>Seitens der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund bestehen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gegen die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes grundsätzlich keine Bedenken, sofern eine immissionsschutzrechtliche Einschränkung der gewerblichen Nutzung im Umfeld nachweislich und vollständig ausgeschlossen werden kann. Durch die heranrückende Wohnbebauung und der damit verbundenen Erhöhung der Konfliktmöglichkeit dürfen die gewerblichen Betriebe ebenso in ihrer Perspektive/Erweiterungsmöglichkeit nicht nachhaltig beeinflusst werden.</p> <p>Wir behalten uns vor, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 4 Abs. 2 BauGB, auf Basis detaillierterer Informationen, eine ergänzende oder abweichende Stellungnahme abzugeben.</p> <p>Die Stellungnahme ist mit der Handwerkskammer Dortmund abgestimmt.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	
--	--	--	--

10.	<p>NABU Kreisverband Unna</p> <p>Schreiben vom 09.01.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>zum frühzeitigen Beteiligungsverfahren der Stadt Kamen zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 73 Ka sowie der damit inhaltlich zusammenhängenden 3. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Kamen nehme ich im Namen und mit Vollmacht des Naturschutzbundes Deutschland Landesverband NRW e.V. wie folgt Stellung:</p> <p>die Stadt Kamen beabsichtigt mit der Aufstellung des Bebauungsplanes eine Ausweitung des Gewerbegebietes Hemsack im Süden der Westicker Straße vorzunehmen. Dafür sollen Flächen des Landschaftsschutzgebietes "Körnebachtal" (LSG-4411-0005) in Anspruch genommen werden.</p> <p>Der NABU-Kreisverband Unna meldet erhebliche Bedenken gegen das geplante Vorhaben der Stadt Kamen an, Gewerbeflächen im Bereich eines bestehenden Landschaftsschutzgebietes auszuweisen. Das Vorhaben widerspricht den Zielen der Regional- und Landschaftsplanung und führt zu einer Beeinträchtigung des Naturhaushaltes und der Erholungsfunktionen innerhalb des Landschaftsschutzgebiets "Körnebachtal". Aufgrund der Entwicklungen nach der Flussrenaturierung ist der rechtsgültige Landschaftsplan hier nicht mehr auf dem notwendigen fachlichen Stand. Das Entwicklungsziel "Wiederherstellung einer in ihrer Oberflächenstruktur, ihrem Wirkungsgefüge oder in ihrem Erscheinungsbild geschädigten oder stark vernachlässigten Landschaft" (Entwicklungsziel 3.1) berücksichtigt nicht die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Das Ziel wurde in weiten Teilen bereits</p>	<p>Die Aussage, die Planung widerspreche den Zielen der Regional- und Landesplanung, ist nicht zutreffend. Ausweislich der Stellungnahme der Regionalplanungsbehörde zur Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung gem. § 34 (1) LPlG NRW ist das Planvorhaben sowohl mit den Zielen des gültigen Regionalplans für den Regierungsbezirk Arnsberg Teilabschnitt Dortmund – westlicher Teil – als auch mit den in Aufstellung befindlichen Zielen des im Regionalplans Ruhr vereinbar.</p> <p>Die Bedenken im Hinblick auf eine Ausweisung von gewerblichen Bauflächen im Bereich des Landschaftsplans „Kamen-Bönen“ bzw. des Landschaftsschutzgebietes „Körnebachtal“ werden zurückgewiesen. Der Hinweis, dass der Landschaftsplan aktuell nicht mehr auf dem not-</p>
-----	---	---	--

		<p>umgesetzt. Die landschaftliche Qualität hat sich im Projektgebiet seit der Aufstellung des Landschaftsplans erheblich verbessert. Das wird in den vorgelegten Dokumenten nicht berücksichtigt.</p> <p>Unmittelbar entlang der Körne verläuft ein Rad- und Fussweg, der zur landschaftsgebundenen Erholung einlädt und von vielen Erholungssuchenden genutzt wird. Diese Erholungsfunktion wird durch 15 m hohe Hallen in kurzer Distanz erheblich beeinträchtigt. Eine zusätzliche 10 m breite Gehölzanpflanzung an dieser Stelle reicht bei weitem nicht aus, um diese Beeinträchtigungen zu vermeiden. Schon heute wird der Radweg unter der Westicker Straße, der dann durchs Gewerbegebiet Hemsack führt, wenig genutzt. Stattdessen queren die Radfahrer und Fußgänger eher die Westicker Straße im Bereich der Körnebrücke, um das Gewerbegebiet auf weiterhin landschaftlich ansprechender Strecke zu umfahren/umgehen. Daraus lässt sich schon heute die negative Wirkung von Gewerbegebieten auf den Landschaftsschutz ableiten.</p>	<p>wendigen fachlichen Stand sei und nicht die positiven Entwicklungen der vergangenen Jahre widerspiegeln wird zur Kenntnis genommen. In Abstimmung mit dem Kreis Unna als Träger der Landschaftsplanung bestehen jedoch für diesen randlichen Teilbereich keine Bedenken im Fall einer Inanspruchnahme, so dass die Festsetzungen des rechtskräftigen Landschaftsplanes (Landschaftsschutzgebiet) mit Rechtskraft des Bebauungsplanes zurücktreten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die im Fokus der vergangenen Jahre stehenden Renaturierungsmaßnahmen auf die Aue der Körne bezogen, welche nicht Gegenstand der vorliegenden Bauleitplanung ist. Der südwestliche Änderungsbereich umfasst eine derzeit maßgeblich ackerbaulich genutzte Fläche, welche im Flächennutzungsplan der Stadt bereits seit 2004 als „gewerbliche Baufläche“ dargestellt wird.</p> <p>Die Frage einer möglichen Beeinträchtigung von Erholungssuchenden aufgrund der Höhe der baulichen Anlagen betrifft nicht die Ebene des Flächennutzungsplanes.</p>
--	--	--	---

		<p>Der Erholungswert der Landschaft wird durch das weitere Heranrücken des geplanten Industriegebietes deutlich beeinträchtigt. Der Aussage im Umweltbericht auf S. 24, dass durch die Vorbelastungen des bestehenden Gewerbegebietes "nicht mit betriebsbedingten Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes zu rechnen ist", muss deshalb entschieden widersprochen werden. Vorbelastungen sind derzeit nur durch die Westicker Straße gegeben, das nördlich angrenzende Gewerbegebiet ist gut durch einen Damm mit einem dichten Gehölzbestand abgeschirmt und somit kaum sichtbar vom Projektgebiet in östlicher Richtung schließt sich die ebenfalls durch einen dichten Gehölzbestand eingegrünte Südkamener Straße an, auf die dann noch eine größere Brachfläche folgt. Erst in 150 m Abstand folgt dann das bestehende Industriegebiet. Eine erhebliche Vorbelastung des Projektgebietes ist somit nicht gegeben. Auch der landschaftsprägende alte Einzelbaum auf der Fläche wird durch das geplante Vorhaben aus Sicht des Landschaftsschutzes vollständig entwertet.</p> <p>Das aktuelle Vorkommen von Tierarten entlang der Körneniederung deutet auf eine hohe Schutzwürdigkeit und -schutzbedürftigkeit nicht nur der primären Aue, sondern auch der angrenzenden Flächen hin, deshalb wäre hier fachlich eher eine Ausweisung als Naturschutzgebiet sinnvoll anstatt des Landschaftsschutzgebietes. Bei aktuellen Untersuchungen der Schmetterlingsfauna entlang der Körneniederung zwischen Wasserkurl und Mündungsbereich in die Sesecke konnten 2019 u.a. über 190 Großschmetterlingsarten nachgewiesen werden (Kühnapfel, Publikation in Vorbereitung), darunter viele besonders ge-</p>	<p>Die Bedenken, dass mit Umsetzung des Planvorhabens erhebliche betriebsbedingte Auswirkungen auf das Landschaftsbild / den Erholungswert der Landschaft entstehen, werden zurückgewiesen. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass das Plangebiet nicht nur durch die Kfz-Verkehre auf der Westicker Straße sondern auch die unmittelbar südlich verlaufende Bahnstrecke „Dortmund – Hamm“ vorgeprägt ist. Darüber hinaus befindet sich das Plangebiet unmittelbar südlich der planfestgestellten Neubaustrecke der K40n (Südkamener Spange). Während der Bauarbeiten sind die Flächen als Baustelleneinrichtungsflächen vorgesehen. Die bestehenden Eingrünungen bleiben – soweit diese nicht im Rahmen der Bauarbeiten der K40n entfernt werden – im Bereich des Plangebietes erhalten bzw. werden durch die beabsichtigte Ergänzung am westlichen Rand des Plangebietes verbreitert so dass auch vor diesem Hintergrund nicht von einer Erheblichkeit des Vorhabens auszugehen ist.</p> <p>Auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung wurde eine Artenschutzprüfung Stufe II durchgeführt, nach der mit der Planung keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände vorbereitet werden. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass Inhalt der vorliegenden Änderung des Flächennutzungsplanes nicht die Neuausweisung von Bauflächen ist, sondern lediglich die Änderung der</p>
--	--	--	---

		<p>schützte, seltene und hochgradig gefährdete Arten (Liste der 2019 festgestellten Arten ist als Anlage beigefügt). Auch einige bedrohte Vogelarten (u.a. Eisvogel) und Libellenarten (u.a. Blauflügel-Prachtlibelle, Gebänderte Prachtlibelle, Federlibelle) haben die renaturierte Körneae wieder neu besiedelt. Daher fordert der Naturschutzbund eine Aktualisierung des Fachbeitrages der LANUV zu diesen Landschaftsschutzgebiet bzw. die Prüfung der Eignung als Naturschutzgebiet.</p> <p>Festsetzungen zu einer möglichst insektenfreundlichen Beleuchtung fehlen in den Unterlagen. Aufgrund der besonderen Bedeutung angrenzender Flächen ist das aus Sicht des Naturschutzbundes zwingend erforderlich. Optimal wäre ein Verzicht auf Außenbeleuchtung.</p> <p>Die Körneniederung mit Fließgewässer, Gehölzstrukturen und extensiven Grünlandflächen ist eine sehr wichtige Struktur für den Biotopverbund. Im Regionalplan ist die Fläche zudem als regionaler Grünzug ausgewiesen. Die aktuellen Untersuchungsergebnisse zur Schmetterlingsfauna dokumentieren die Entstehung einer neuen regionalen Vernetzungsstruktur zwischen dem Südkreis in Holzwickede über Massen und Kamen bis nach Lünen im Westen bzw. Bönen im Osten durch die Renaturierung der Fließgewässer. Viele Arten haben erst durch diese Achse neue Biotope in Kamen erschließen können. Am Rand des Projektgebietes ist der Vernetzungskorridor bereits heute nur schmal und begrenzt. Durch das Heranrücken des Industriegebietes bis unmittelbar an den Gehölzsaum wird dieser "Flaschenhals" der Biotopvernetzung weiter verschlechtert.</p>	<p>zulässigen Art der Nutzung von „Industriegebiet“ zu „Gewerbliche Baufläche“, womit für den Änderungsbereich insgesamt die möglichen Nutzungen hin zu weniger emittierenden gewerblichen Nutzungen aufgeweitet werden. Die Hinweise auf faunistische Untersuchungen sowie die geplante Publikation werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Bedenken im Hinblick auf die Einhaltung artenschutzrechtlicher Vorgaben gemäß § 44 (1) BNatSchG werden mit Verweis auf die erfolgte Artenschutzprüfung (Stufe II, s. Lindschulte Ingenieurgesellschaft 04.08.2020, Münster) sowie die in Nordrhein-Westfalen geltende Handlungsempfehlung „Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben“ (Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz NRW vom 22.12.2010) zurückgewiesen. Nach Maßgabe der Artenschutzprüfung sind mit Umsetzung des Vorhabens keine artenschutzrechtlichen Konflikte auf die genannten Vogelarten zu erwarten. Auch von einer Betroffenheit von Libellen, welche im Bereich der Sesekeae seitens des Einwenders erfasst wurden ist insofern nicht auszugehen als dass die Aue außerhalb des Plangebietes liegt. Die genannten Libellenarten gehören darüber hinaus nicht zur Gruppe der planungsrelevanten Arten in NRW und sind aufgrund ihrer weiten Verbreitungsgebiete in Europa als „ungefährdet“ einzustufen (vgl. Menke et al., 2016: Die Libellen Nordrhein-Westfalens). Gleiches gilt bezüglich der Schmetterlingsfauna entlang der Körneniederung zwischen Wasserkurl und Mündungsbereich Seseke. Die Körne einschließlich ihrer renaturier-</p>
--	--	---	---

		<p>Die LANUV-Messtischblattabfrage bildet den aktuellen Stand der vorkommenden planungsrelevanten Tierarten nicht ausreichend ab. Folgende weiteren planungsrelevanten Arten konnten von mir 2019 bei meinen mindestens wöchentlichen Begehungen an Körne und Sesecke im unmittelbarem Umfeld des Vorhabens nachgewiesen werden:</p> <ul style="list-style-type: none">• Eisvogel, regelmäßiger Brutvogel an der Körne (mehrere Paare)• Krickente, regelmäßiger Wintergast auf der Körne• Graureiher, regelmäßiger Nahrungsgast an der Körne• Waldohreule, regelmäßiger Nahrungsgast in der Körneniederung und angrenzender Offenlandflächen, unregelmäßige Brutnachweise aus Südkamen und Wasserkur!• Waldkauz, Ende 2019 ein Rufer in Westick, brütet möglicherweise im Schulze Berger Busch in Südkamen, unweit des geplanten	<p>ten Aue ist nicht Teil der vorliegenden Planung. Die in Nordrhein-Westfalen im Rahmen von artenschutzrechtlichen Prüfungen zu beachtenden Schmetterlingsarten umfassen den Blauschillernen Feuerfalter, den Thymian-Ameisenbläuling, den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling, den Hellen Wiesenknopf-Ameisenbläuling sowie den Nachtkerzen-Schwärmer. Diese Arten sind im relevanten Messtischblatt, Quadrant 2 nicht enthalten und aufgrund ihrer Lebensraumsprüche im Plangebiet bzw. im auswirkungsrelevanten Umfeld auch nicht zu erwarten. Artenschutzrechtliche Konflikte in Bezug auf die Artengruppe können a priori ausgeschlossen werden (s. Lindschulte Ingenieurgesellschaft 04.08.2020, Münster).</p> <p>Die Bedenken im Hinblick auf das LANUV Messtischblatt werden zurückgewiesen, da es nicht erklärtes Ziel des Landesumweltamtes NRW ist im Rahmen der Messtischblattabfrage vollständige Artenlisten zur Verfügung zu stellen, sondern eine Datengrundlage zur Bearbeitung artenschutzrechtlicher Prüfungen (Stufe I) zu geben. Die Bedenken bzgl. der Artenschutzprüfung beziehen sich nicht auf den Regelungsinhalt der 03. Änderung des Flächennutzungsplanes, der lediglich die Änderung der Bauflächen von Industriegebiet in Gewerbliche Baufläche vorsieht, sondern konkret auf die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 73 Ka und werden daher in diesem Verfahren in die Abwägung eingestellt.</p>
--	--	--	---

		<p>Vorhabens</p> <ul style="list-style-type: none">• Steinkauz, Brutpaare in Westick, Wasserkur! und Südkamen, Ackerflächen und Grünlandflächen im Umfeld sind wichtige Nahrungsflächen und essentiell für den Fortbestand der stark rückläufigen Population• Schleiereule, regelmäßiger Nahrungsgast in der Körneae, brütet in Westick, ggf. auch in Südkamen• Rotmilan, unregelmäßiger Nahrungsgast in der Körneae und auf angrenzenden Ackerflächen• Kormoran, regelmäßiger Nahrungsgast an der Körne <p>Aussagen zu diesen Arten fehlen in den vorgelegten Unterlagen. Daher sind hier weitere Untersuchungen erforderlich. Aufgrund der hohen Sensibilität des Raumes und der zu erwartenden Beeinträchtigungen ist aus Sicht des Naturschutzbundes ein Artenschutzfachbeitrag Stufe 1 nicht ausreichend, sondern dieser müsste zu dem Ergebnis führen, dass eine Stufe 2 mit entsprechenden Erhebungen vor Ort erforderlich ist.</p> <p>Besonders die verschiedenen Eulen-Arten sowie Mäusebussard, Rotmilan und Turmfalke jagen auf den an die Körneniederung angrenzenden Acker- und Grünlandflächen. Die Aussagen im Begründungs-Entwurf sind diesbezüglich auf Seite 13 fehlerhaft: Greifvögel und Rauchschwalben überfliegen nicht nur das Gelände, sondern jagen hier. Die Bedeutung des Projektgebietes für diese Arten wurde weder ermittelt noch fachlich bewertet.</p> <p>Ackerflächen gehören zum typischen Nahrungsflä-</p>	
--	--	--	--

		<p>chen-Spektrum der Greifvogel- und Eulenarten. Die Aussage "Aufgrund der intensiven Nutzung des Plangebietes ist jedoch nicht von einer essentiellen Funktion für die lokalen Populationen der vorgenannten Arten auszugehen" ist fachlich nicht belegt worden. Ohne Kenntnis der jeweiligen lokalen Populationen sowie deren genutzter Nahrungsräume und Brutplätze ist es nicht möglich, die tatsächliche Bedeutung des Plangebietes für die o.g. Arten abzuschätzen. Aussagen zu den Artenschutzrechtlichen Belangen sind somit lückenhaft. Eine Vorbereitung von artenschutzrechtlichen Verboten gemäß § 44 BNatSchG können somit nicht sicher ausgeschlossen werden. Hier sind weitergehende Untersuchungen erforderlich.</p> <p>Auch die pauschalen Aussagen zur Nachtigall auf Seite 13 sind nicht nachvollziehbar. Eine Verbreiterung des vorhandenen möglichen Bruthabitats um 10 m ist noch kein Garant dafür, dass die Art auch die dann folgenden 15 m hohen Hallen tolerieren wird. Auch hier ist zu ermitteln, ob eine Brutpaar der Nachtigall am Rande des Projektgebietes vorkommt, und dann deren Betroffenheit fachgutachterlich abzuschätzen.</p> <p>Neben den planungsrelevanten Arten kommen auch noch weitere naturschutzfachlich bedeutsame Arten im Bereich/Umfeld des Projektgebietes vor, die bei der Planung zu berücksichtigen sind. So kommt entlang der Eisenbahnlinie sowie an der Körne die besonders geschützte Waldeidechse vor. Dabei handelt es sich um die einzige mir bekannte Population im Kamener Stadtgebiet. Diese Art besiedelt hier insbesondere südexponierte oder andere besonnte Böschungsbe- reiche. Mögliche Auswirkungen auf diese Art wurden</p>	
--	--	--	--

		<p>bisher nicht berücksichtigt. Auf die besondere Bedeutung für Schmetterlinge wurde bereits oben hingewiesen.</p> <p>Bisher fehlen in den Unterlagen jegliche Angaben zur Kompensation des geplanten Eingriffs. Die Biotopwertdifferenz von 3760 Punkten sollte möglichst im räumlichen Umfeld (Körneniederung) ausgeglichen werden. Bei der Kompensationsermittlung wird bisher nicht berücksichtigt, dass der Eingriff in einem bestehenden Landschaftsschutzgebiet erfolgen soll. Das muss durch entsprechende Kompensationsaufschläge gewürdigt werden.</p> <p>Letztendlich ist das Vorhaben eng mit der Realisierung der Südkamener Spange verbunden, da erst nach dem Bau der "Spange" und dem damit in Zusammenhang stehenden neuen Kreisverkehrs an der Westicker Straße eine Erschließung der Erweiterungsfläche ermöglicht wird. Nach aktuellen Pressemitteilungen des Kreises Unna als zuständigem Straßenbaulastträger (Hellweger Anzeiger vom 20. Dezember 2019) wird die Realisierung der Südkamener Spange aufgrund der exorbitanten Kostensteigerungen angezweifelt. Dazu wird der Sachgebietsleiter Tiefbau des Kreises Unna, Herr Jürgen Busch zitiert: "Es glaubt wohl zurzeit kein Mensch mehr an die Spange". In einem weiteren Artikel (Hellweger Anzeiger vom 02.01.2020) wird Herr Busch damit zitiert, dass "wir (Kreis Unna) den geplanten Kreisverkehr nur bauen, wenn uns auch eine Genehmigung (von Land und Bund) für das Spangen-Projekt vorliegt". Und diese ist aufgrund der Kostenentwicklung heute unwahrscheinlicher denn je. Damit fehlt eine wesentliche Voraussetzung für die Umsetzung des Bebauungsplans. Der</p>	<p>Die Anregungen zur Art und Lage der Ausgleichsmaßnahmen betreffen nicht die Ebene des Flächennutzungsplanes und werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung in die Abwägung eingestellt.</p> <p>Die Bedenken hinsichtlich der Erschließung des Plangebietes betreffen nicht die Ebene des Flächennutzungsplanes und werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung in die Abwägung eingestellt.</p>
--	--	---	---

		<p>Naturschutzbund fordert die Stadt Kamen deshalb auf, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen und die naturschutzfachlichen Belange entsprechend zu würdigen.</p> <p>Die geplante 3. Änderung des Flächennutzungsplans weist aus naturschutzfachlicher Sicht keine gravierenden Veränderungen auf. Im Überschneidungsbereich zwischen dem Landschaftsschutzgebiet "Körnebachtal" (LSG-4411-0005) und der FNP-Ausweisung, sollte die geplante Gewerbliche Baufläche zugunsten landwirtschaftlicher Flächen zurückgenommen werden.</p> <p>Zusammenfassend hat der Naturschutzbund erhebliche Mängel insbesondere in den naturschutzfachlichen Aussagen des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 73 Ka aufgezeigt. Es fehlen derzeit wesentliche Voraussetzungen, um die Planung umsetzen zu können, da die Realisierbarkeit der "Südkamener Spange" vom zuständigen Straßenbaulastträger erheblich anzweifelt wird. Der geplante Eingriff in ein bestehendes Landschaftsschutzgebiet zur Erweiterung eines Industriegebietes widerspricht aufgrund der zahlreichen Veränderungen im Raum mehr denn je den Grundsätzen der Regional- und Landschaftsplanung und ist deshalb abzulehnen.</p>	<p>Der Anregung, die FNP-Ausweisung im Bereich des Landschaftsschutzgebietes zurückzunehmen wird nicht gefolgt. Der besagte Bereich ist bereits im gültigen Flächennutzungsplan als Industriegebiet dargestellt und soll entsprechend für die Erweiterung des östlich gelegenen Betriebes entwickelt werden.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, den Anregungen wird teilweise gefolgt. Die Bedenken werden zurückgewiesen. Auf die o.g. Einzelabwägungen wird verwiesen.</p>
11.	<p>GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH</p> <p>Schreiben vom 14.01.2020</p>	<p>Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Schwing,</p> <p>in vorbezeichneter Angelegenheit nehmen wir freundlich Bezug auf Ihr Schreiben vom 01.12.2019.</p> <p>Wir bitten um weitere Beteiligung. Bitte setzen Sie sich dazu mit C22E, Herrn Rode (Strom) unter der</p>	

	<p>Rufnummer 02307/978-2303 bzw. E-Mail: jo-erg.rode@gsw-kamen.de in Verbindung.</p> <p>Unter Punkt 8.1. ist Handlungsbedarf. Die Erschließung der südwestlichen Fläche (BPlan Nr. 73 Ka) ist bzgl. Erdgas nicht gegeben. Wir bitten daher auch hier um weitere Beteiligung. Bitte setzen Sie sich dazu mit C22R Herrn Hartig unter der Rufnummer 02307/978-2351 bzw. E-Mail: stefan.hartig@gsw-kamen.de in Verbindung. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.</p>	<p>Der Hinweis, dass die versorgungstechnische Infrastruktur im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 73 Ka derzeit nicht vorhanden ist, wird zur Kenntnis genommen. Die Bitte um Beteiligung der GSW im weiteren Verfahren wird berücksichtigt.</p>
--	--	--

Keine Anregungen und Hinweise

- Bezirksregierung Münster – Dez. 26 Luftverkehr, Schreiben vom 02.12.2019.
- Amprion GmbH, Schreiben vom 04.12.2019.
- GWS Wasser-plus GmbH, Schreiben vom 12.12.2019.
- Bezirksregierung Arnsberg – Dez. 25 Verkehr, Schreiben vom 16.12.2019.
- Westnetz GmbH, Regionalzentrum Recklinghausen, Schreiben vom 17.12.2019.
- Unitymedia NRW GmbH, Regionalbüro Mitte, Schreiben vom 07.01.2020.
- Stadt Kamen - FB 60.1 – Straßen, Schreiben vom 09.01.2020.